Anlage 1

Satzung zur Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)

Auf Grund von § 16, § 17 und § 19 Abs. 2 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (Strg), § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) und § 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 03.05.2022 folgende Satzung zur Änderung Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)

Die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung) vom 15.12.2020 wird wie folgt geändert:

In der Anlage 1 der Satzung (Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen von gewerblichen Nutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in Besigheim; Gestaltungsrichtlinien) wird die Nr. 2 b) wie folgt gefasst:

(2) Nutzungsabgrenzung und Nutzungsdauer

b) Bewirtschaftung auf öffentlichen Parkplätzen

Bahnhofstraße:

Parkplätze dürfen nicht bewirtschaftet werden.

Kirchstraße:

- Kirchstr. 30: 2 Parkplätze werden zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.
- Kirchstr. 19: Bauvoranfrage wegen der Außenbewirtschaftung auf 2 Parkplätzen wurde gestellt
- andere Parkplätze in der Kirchstraße: Gemeinderatsbeschluss ist erforderlich

Auf der Mauer

- Auf der Mauer 1: 1 Parkplatz wird zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Hauptstraße:

siehe Ziffer 3 „Verfügungstreifen“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Stadt Besigheim geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.